

Anfrage

der Abgeordneten Mag.^a Indra Collini an Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend

„Therapeutische Gemeinschaften in Niederösterreich“

Seit geraumer Zeit beschäftigt uns in Niederösterreich die Aufklärung der Vorgänge rund um die Therapeutischen Gemeinschaften (TG) in Niederösterreich.

Die damaligen Verantwortlichen in der Landesregierung erkannten schließlich - auch unter erheblichem Druck der Medien - den Handlungsbedarf und es wurden Schritte gesetzt, die die Situation der Schutzbefohlenen in den TG verbessern sollten, was letztendlich zur Schließung von Einrichtungen und zu Alternativunterbringung der Kinder und Jugendlichen in anderen Betreuungseinrichtungen führte.

Die Vorgänge rund um die TG liegen, aus Sicht der Opposition, weiterhin im Dunkeln. Der Bericht der Sonderkommission bzw. detaillierte Ergebnisse der Untersuchungen wurden nicht veröffentlicht, zu den Kosten kursieren horrende Zahlen, und konkrete Maßnahmen zur künftigen Sicherung des Kindeswohls in öffentlicher Obsorge werden der Öffentlichkeit vorenthalten. Auch die zwangsweise Schließung von Einrichtungen blieb bis dato im Detail unbegründet.

Seit zuletzt die mutmaßlichen Kosten der durch Landesrat Schnabl eingesetzten Sonderkommission aus den Medien zu entnehmen waren, sind die TG in Niederösterreich wiederum in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt.

Die Art und Weise, wie von offizieller Seite mit der Angelegenheit umgegangen wird, legt den Schluss nahe, dass auch unter den Verantwortlichen kein expliziter Plan vorliegt, die bestehenden Vorwürfe in transparenter Art und Weise aufzuarbeiten, was dem Wildwuchs von Gerüchten Raum gibt.

Hier ist es ganz klar Aufgabe der Politik, die Gerüchteküche zu beenden und in einem nachvollziehbaren Prozess bezüglich allfällig festgestellter Missstände, die politischen und sonstigen Verantwortungen aufzuarbeiten, die Maßnahmen zu evaluieren und schließlich sicherzustellen, dass Derartiges künftig nicht mehr geschehen kann.

Bisher gab es wenig Bereitschaft der Landesregierung, gemeinsam mit der Opposition in die Aufarbeitung der Vorwürfe einzusteigen. Mittels dieser Anfrage an die zuständige Landesrätin - im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und vor allem aber im Sinne der betroffenen Kinder und Jugendlichen - soll dieser Prozess der transparenten Aufarbeitung nun angestoßen und sichergestellt werden, damit ein derartiger Umgang mit Vorgängen, wie sie sich rund um die TG manifestierten, zukünftig ausgeschlossen werden kann.

Die Gefertigte stellt daher an Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig folgende

Anfrage:

Kinder- und Jugendhilfe des Landes NÖ

1. Seit wann waren die offiziellen Stellen des Landes über angebliche Missstände informiert?
2. Wann erfolgte die erste aktenkundige Aufnahme eines Anbringens im Zusammenhang mit behaupteten Missständen in den TG?
3. Welche konkreten Maßnahmen hat die Kinder- und Jugendhilfe nach dem erstmaligen Bekanntwerden behaupteter Missstände gesetzt?
4. Welche Überprüfungsroutine gab es im Zusammenhang mit den TG?
5. Wie oft wurden die Einrichtungen der TG überprüft (2016, 2017)?
6. Wie und wo wurden die entsprechenden Prüfberichte archiviert?
7. Wie und wo wurden die entsprechenden Prüfberichte ausgewertet?
8. Wie überprüfte das Land NÖ bisher die ordnungsgemäße Verwendung der ausbezahlten Taggelder?
9. Welche Qualitätskontrollen gab es diesbezüglich?

Sonderkommission und Sonderbericht

10. Wurde die Einsetzung der Sonderkommission mit den anderen Mitgliedern der Landesregierung abgestimmt?
11. Haben die anderen Mitglieder der Landesregierung dieser Vorgehensweise zugestimmt?
12. Welche konkreten Versäumnisse wurden von der Sonderkommission auf Seiten der privaten Einrichtungen der TG festgestellt?
13. Welche konkreten Versäumnisse wurden von der Sonderkommission auf Seiten der Kinder- und Jugendhilfe festgestellt?
14. Welche konkreten Empfehlungen wurden erstellt und welche davon werden wie umgesetzt?
15. Was ergab die Evaluierung der Kontrollberichte der TG sowie die Evaluierung des Kontrollsystems an sich?
16. Warum griff man zur Zwangsräumung mit Unterstützung durch die Exekutive?

17. Wann und in welcher Form wurden die betroffenen Jugendlichen, ihre Eltern oder sonstige Bezugspersonen über die getroffenen Maßnahmen in Kenntnis gesetzt und eingebunden?
18. Wie wird die Kontinuität der weiteren therapeutischen Betreuung der Kinder und Jugendlichen sichergestellt?
19. Wie wird die Kontinuität der schulischen und beruflichen Laufbahn der Kinder und Jugendlichen sichergestellt?
20. Worin liegt die Begründung, dass diese Maßnahme ohne vorherige Information des Betreibers und des Betreuungspersonals erfolgte?
21. Was war ausschlaggebend, sich für die Zwangsräumungen zu entscheiden?
22. Welche alternativen Szenarien an Stelle einer Zwangsräumung wurden erwogen?
23. Welche Kosten sind durch die Sonderkommission entstanden?
 - a. Wofür sind diese Kosten angefallen?
 - b. Wer hat welche Beträge wofür in Rechnung gestellt?
 - c. Nach welchen Kriterien wurden die Mitglieder der Sonderkommission ausgewählt?
24. Warum ist keine „neutralisierte“ Form des Berichtes zugänglich?
25. Liegen die Ergebnisse der Sonderkommission den anderen Regierungsgliedern vor?

Maßnahmen im Sinne des Kindeswohls

26. Die TG Neufeld wird unter dem Namen „Haus am See“ weiterbetrieben. Sind in dieser TG Kinder aus Niederösterreich untergebracht?
 - a. Wenn ja, warum ist dies trotz der Erkenntnisse der Sonderkommission der Fall?
27. Warum wurde das Mentoren-Programm eingestellt?
28. Was geschieht mit jenen Mikro-TG, die der TG Sitzendorf zugeordnet waren?
 - a. Verbleiben die Kinder bei ihren Mikro-TG-Eltern?
 - b. Gibt es hier neue Verträge?
29. Wie wird künftig sichergestellt, dass die ausbezahlten Tagsätze auch bei den Kindern ankommen, also für deren Betreuung/Behandlung verwendet werden? Welche Maßnahmen haben Sie diesbezüglich getroffen?
30. Welche Maßnahmen wurden, angesichts der Erkenntnisse der Sonderkommission gesetzt, um künftig das Kindeswohl bei Unterbringung in öffentlichen Einrichtungen sicherzustellen?
 - a. Welche konkreten Kontrollmechanismen und Kontrollintervalle wurden festgelegt?
 - b. Welche Qualitätskontrollen gibt es?
 - c. Wie wird künftig sichergestellt, dass die personellen Rahmenbedingungen sowie die Qualifikation der Mitarbeiter_innen in solchen Einrichtungen den Anforderungen entsprechen?

31. Wurden ehemalige Mitarbeiter_innen der TG in den neuen Einrichtungen übernommen?
- a. Wenn ja, wie viele?
 - b. Welche Auswahlkriterien lagen der Übernahme zu Grunde?